

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung im Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Vorkosten nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 12.—, für das übrige Ausland M. 20.—

Die unregelmäßigen Konparatortabelle oder deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen laut Text, Familien-Anzeigen und Stellen-Bezüge 2,75 M. netto pro Zeile, Stellen-Bezüge in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Ein neuer Justizskandal

### Wiederum ein Mörder freigesprochen

Als in der vorigen Woche durch den Untersuchungsausschuss der preussischen Landesversammlung die bestialischen Ausschreitungen der Schupo während des mitteldeutschen Aufstandes festgestellt wurden, erklärte die preussische Regierung, sie sei durch diese Enthüllungen vollkommen überrascht worden. Von derartigen Vorgängen sei ihr bisher nicht das geringste bekannt gewesen und sie habe nunmehr sofort eine eingehende Untersuchung angeordnet. Gegen die Angehörigen der Schupo, die sich an den Missetatungen und Erschießungen beteiligten hätten, würde mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorgegangen werden.

Diese Versicherungen der preussischen Regierung sind nicht ernst zu nehmen. Es ist unklar, daß die Regierung von den Ausschreitungen der Schupo erst Kenntnis durch die Verhandlungen im Untersuchungsausschuss erhielt. Schon unmittelbar nach dem Märzputsch wurden sowohl im preussischen Landtag durch unabhängige und kommunistische Redner, als auch in der Arbeiterpresse die Ausschreitungen der Schupo eingehend besprochen, eine Fülle belastenden Materials wurde vorgebracht. Die preussische Regierung ging auf diese Tatsachen nicht ein, sie ließ vielmehr ihren Presseapparat spielen und erklärte, es seien weder ungerichtlichere Erschießungen noch Missetatungen vorgekommen. Was darüber in der Öffentlichkeit behauptet worden sei, sei parteipolitisch übertrieben.

Damit kennzeichnete die preussische Regierung die von ihr eingeleiteten Untersuchungen von selbst als ein Komödientenspiel, und sie stellte ungewollt vor aller Welt fest, daß es ihr nicht daran gelegen ist, die Verbrechen der Schupobeamten strafrechtlich zu ahnden. Die Justiz wandelt auf denselben Bahnen. Dafür mag folgender Beweis sprechen:

Anfang August wurde vor dem Ausnahmegericht in Halle gegen den Wachtmeister Böhm verhandelt, der beschuldigt war, den kommunistischen Gemeindevorsteher Rosenhauer bei Gröbers ermordet zu haben. Die Beweisaufnahme ergab, daß Rosenhauer mit noch anderen Gefangenen auf einem Auto nach Stenditz transportiert werden sollte. Unterwegs wurde halt gemacht, Rosenhauer vom Auto herunterbesetzt, in den Keller hineingeführt, um einen Fluchtversuch vorzutreiben und dann aus nächster Nähe, und zwar von vorn, durch den Wachtmeister Böhm erschossen. Der Schuß ging durch die Brust. Der Angeklagte gab vor Gericht sein Verbrechen zu, zeugte beständig den Vorgang, und als dadurch sich die Schuld Böhms derart verdichtete, daß unbedingt eine Verurteilung erfolgen mußte, beantragte der

Verteidiger plötzlich, den Angeklagten zur Beobachtung seines Geisteszustandes in eine Irrenanstalt zu bringen. Ein laubereicher Trick, dem sich bezeichnenderweise das Gericht angeschlossen. Der Prozeß wurde vertagt und kam am Montag vor dem Schwurgericht in Halle erneut zur Verhandlung.

Die Beobachtung in der Irrenanstalt brachte das Ergebnis, daß Böhm geistig völlig normal ist und über einen sehr robusten Charakter verfügt. Von einer Störung seiner Nerven kann gar keine Rede sein. In der Beweisaufnahme wurde noch einmal festgestellt, daß Rosenhauer vom Auto unter Missetatungen ins Feld getrieben und dort durch Böhm von vorn erschossen wurde. Die Leiche lag mit dem Gesicht zum Auto. Von einem Fluchtversuch konnte keine Rede sein, das merkten auch sofort die Kumpane des Böhm, die ihm nach der Erschießung sagten: „Du hast aber schlecht geschossen!“

Trotz dieser Tatsachen kam das Gericht zu einem Freispruch. Der Verteidiger brauchte gar nicht erst in Funktion zu treten. Der Staatsanwalt besorgte, wie so oft in derartigen Fällen, die Rechtfertigung des Angeklagten ganz vortrefflich, indem er ausführte, der Angeklagte habe sich über die wahre Sachlage in einem Irrtum befunden. Das übrige besorgte der Landgerichtsdirektor Thorbeck, der als Vorsitzender eines Ausnahmegerichtes in Halle gegen die Arbeiter unzählige Jahre an Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verhängt hatte. Dieser Herr belehrte die Geschworenen, daß auch ein Scharfrichter keinen Mord begehe. Und in dieser Auffassung habe anscheinend auch Böhm gehandelt.

Der Ausgang dieses Prozesses beweist erneut, daß im neuen Deutschland ununiformierte Mörder immer freigesprochen werden, ganz gleich, ob sie sich vor Berufs-, Militär- oder Laienrichtern zu verantworten haben. Sowie aber in letzter Zeit auch über die Justiz im allgemeinen gesagt worden ist, das Urteil in Halle schreit zum Himmel. Es stellt einen der unerhörtesten Justizskandale dar, die sich nach dem 9. November in Deutschland abgespielt haben. Es muß derart aufreizend und empörend wirken, daß sich alle diejenigen, deren Gerechtigkeitsgefühl noch nicht verlobbert ist, schämen müssen, in einem Lande zu wohnen, in dem sich derartige Dinge in geradezu zwangsläufiger Folge abspielen können.

Der Reichsjustizminister sowohl als auch der preussische Justizminister werden in den Parlamenten schnellstens zur Verantwortung gezogen werden müssen. Sie müssen klar und deutlich erklären, ob die fortgesetzten Justizskandale den Interessen eines Kulturstaates entsprechen, ob wir in einem mittelfalterlichen Räuberstaat oder in einer Republik leben.

## Psychopathie und Revolution

Von Dr. Julius Moses.

Wer die „Mentalität“ — Geistesverfassung und Sinnestypus — unserer heutigen deutschen Wissenschaftler und Professoren, insbesondere der Mediziner kennt, der wird sich nicht weiter wundern darüber, daß diese Leute die Wissenschaft immer mehr und mehr in den Dienst der herrschenden Gesellschaftsordnung, d. h. der Reaktion zu stellen sich bemühen. Die Revolution ist ihnen ein Dorn im Auge und darum suchen jetzt unsere Psychiater den „wissenschaftlichen Beweis“ dafür zu erbringen, daß die ganze Umwälzung unserer Tage nicht nur das Produkt einer verbrecherischen Gesinnung der von böswilligen Hechern irreführten Arbeitermassen ist, sondern daß auch die Führer in dieser revolutionären Bewegung selbst mehr oder minder geistig defekte, krankhaft veranlagte Persönlichkeiten gewesen und so den „revolutionären Unruhen und Umwälzungen gewissermaßen als Infektionsquelle den Massenbewegungen einen psychopathischen Charakter verliehen.“

Mit einem großen Aufwand von sogenannter Wissenschaftlichkeit versuchen namentlich bayerische Psychiater — alles Gute kommt jetzt aus Bayern — diese These an den Führern der bayerischen Räterepublik zu erháren. Geheimrat Kraepelin-München führt in seinen „psychiatrischen Randbemerkungen zur Zeitgeschichte“ das Zustandekommen der Revolution überhaupt auf eine hysterische Massenpsychose zurück, und sein Schüler Dr. Kahn erklärt auf Grund seiner Untersuchungen 15 der Führer der bayerischen Rätebewegung als ethisch defekte und janakische, zum Teil schwachsinrige Psychopathen, darunter auch den Dichter Toller. „Ist dies schon Tollheit, hat es doch Methode“.

Womit beweist nun diese wissenschaftliche Leuchte Bayerns die Psychopathie eines Tollers? Hören wir:

„Toller befah von jeher schauspielerische Fähigkeiten und die Neigung, sich mit ihnen hervorzuheben. Bogart rückte er zum Meer ein und hielt sich ein Jahr lang gut im Feld. Dann kam er mit vielen nervösen Schwächen in die Heimat, wurde schnell Kriegsgegner, beteiligte sich an der Gründung eines kulturpolitischen Bundes der deutschen Jugend, unterschrieb einen Protest gegen die Baierlandspartei. Er lernte Eisner kennen und tat agitatorisch beim Münchener Januarstreik 1918 mit. Unter Anführung gestellt und psychiatrisch beobachtet, war er verzweifelt, enttäuscht, wollte alle Politik aufgeben, schauspielerische und zeigte verschiedene hysterische Zeichen, darunter auch Schüttelfröhen. Von November 1918 hat er dann die satism bekannte große Rolle in der Revolution, besonders während der Rätezeit gespielt, und sich schließlich vor Gericht empört gegen die Zumutung gewendet, daß er ein Hysteriker sei.“

Diese Schilderung Tollers bedeutet für den urteutschen Psychiater Kahn: den wissenschaftlichen Beweis erbringen für vorhandene Psychopathie.

In der letzten Nummer der deutschen Strafrechtszeitung rechnet auch ein Hamburger Arzt Dr. Brenneke die überwiegende Mehrzahl der revolutionären Führer zu den Psychopathen und meint, diese „Tatsache“ stelle uns mit zwingender Notwendigkeit der Aufgabe gegenüber, die Allgemeinheit, speziell die staatliche Ordnung vor den Schädigungen durch solche psychisch defekten Einzelindividuen wirksam zu schützen; er verlangt von der Strafrechtswissenschaft das gesetzliche Recht, „psychopathische antisoziale Verbrecher unter strenge, strenge Polizeiaufsicht zu stellen.“ Wobei es nicht nötig ist, noch besonders zu betonen, daß in den Augen dieser Leute alle Revolutionäre schlechthin als Verbrecher zu betrachten und demgemäß unter Polizeiaufsicht zu stellen sind, wenn man sie nicht schon lieber vorher um die Ecke gebracht. Gewisse Mordhemden bedingt ja das vaterländische Interesse, die Mörder selbst werden dann sogar von dieser Gesellschaft als Nationalheilige à la Graf Arco gefeiert.

Daß jede Revolution, mag man diesen Begriff auffassen, wie man will, eine lange innere Vorgeschichte hat, daß sie immer noch ihren letzten Grund gefunden hat in der Schuld des herrschenden Systems, daß sie herausgehoben ist aus einer inneren Notwendigkeit, das leuchtet natürlich jenen rückständigen Elementen nicht ein. Für sie ist das alles künstliche Mache, Verführung, Aufhebung, Teufelswerk. Ihre gesamte geistige Verfassung ist eben zu tief eingestell, um die letzten Gründe der Erscheinungen zu erkennen. Und selbst wenn wirklich einmal eine Ahnung aufgeht, daß das, was geschieht, doch vielleicht einer tieferen Quelle, einer berechtigten Ursache entspringt, so verschweigst man das vor dem Volke. Die Reaktion hat eben ein Interesse daran, das Volk in dem Glauben zu erhalten, daß gewissenlose Gezellen mit ihm ein frevelhaftes Spiel treiben.

Auf diese Weise lenkt man die Aufmerksamkeit ab von der eigenen Verschuldung, gibt der Unwissenheit und geistigen Beschränktheit einen Sündenbock, an dem man seine Wut auslassen kann, und sorgt so gleichzeitig dafür, daß das Alte und Ueberkommene, mag auch seine Hohlheit und Bruchigkeit klar zu Tage liegen, erhalten bleibt zu Ruh und Frommen

## Was nun in Preußen?

Die Nachricht von dem Rücktritt der preussischen Regierung hat allgemein Ueberraschung hervorgerufen. Die Rechtspreffe verzeichnet sie mit außerordentlichem Bedauern, weil der Versuch Stegerwalds nach einer „objektiven Leitung“ des preussischen Staates damit als gescheitert anzusehen sei. Die reaktionären Blätter verbinden ferner mit dem Bedauern über den Rücktritt ihres Schütlings Stegerwald wüthende Angriffe auf die Demokraten, deren parteipolitische Motive Stegerwalds Rolle zum Scheitern gebracht haben. Sie bringen aber jetzt bereits zum Ausdruck, daß die Mitwirkung der Deutschen Volkspartei an der preussischen Regierung nur dann eintreten könnte, wenn sie auch im Reich an der Regierung teilhaben kann. Die „Tägliche Rundschau“ z. B. schreibt:

„Das Ziel der guten Menschen und schlechten Muskatanten, die große Koalition, ist in Preußen unerreichbarer als je, so lange im Reich das Kontroversverfahren von Josef dem Zweiten schwebt.“

Es ist klar, daß jedes Entgegenkommen nach dieser Richtung das preussische Ministerium von den Stimmen der Rechten abhängig machen müßte. Daß sich daraus aber auch eine Erschütterung der jetzigen Reichsregierung ergeben würde, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Zum Rücktritt des Kabinetts Stegerwald bemerkt die „Frankfurter Zeitung“: Im Laufe seiner Regierungszeit ist es immer deutlicher geworden, daß Stegerwald eine Koalition mit der Sozialdemokratie nur bei einem entsprechenden Gegengewicht, das auf der rechten Seite wäre, erträglich findet. Damit hätte er sich in passive Resistenz, obgleich er nur die Aufgabe gehabt hätte, die notwendige Verbreiterung der Regierung durchzuführen. Schob er die Initiative den Parteien zu, und da sich die Parteien nicht fanden, regierte er ruhig weiter. Er geriet dabei nicht nur in einen tiefen Gegensatz zur Sozialdemokratie, sondern auch zu der Politik des Reichsanzlers Dr. Wirth. Das Blatt glaubt nicht, daß der Rücktritt des Kabinetts Herrn Stegerwald allzu schmerzlich sei. Es wird ihm recht sein, sich für andere Zeiten aufheben zu können. Fürs erste ist es eine Erleichterung der politischen Lage, daß er jetzt abtritt.

## Vertagung des Hauptausschusses

Im Hauptauschuss des Landtages, der jetzt bei der Verhandlung des Kultusetats war, mußte heute zu der durch den Rücktritt der Regierung geschaffenen Lage Stellung genommen werden. Für jedes politische Empfinden müßte es selbstverständlich sein, daß die Beratungen abgebrochen würden. Abg. König von den Rechtssozialisten stellte einen dementsprechenden Antrag. Genosse Kleinspehn unterstützte ihn. Auf die Einwendungen der Deutschnationalen und des Zentrums, daß die Staatsverpflichtungen dadurch riesengroß würden, erklärte er, daß doch gar keine Grundlage zu weiteren Verhandlungen mehr vorhanden sei. Ein Weitergehen des Hauptausschusses würde eine Förderung und Unterstützung eines zeitlich unbegrenzten unparlamentarischen Wurstelns des jetzigen Ministeriums sein. Die Vertagung wurde sodann gegen die Deutschnationalen bei Stimmenthaltung des Zentrums und der Volkspartei beschloffen.

## Starker Markrückgang in New York

An der gestrigen New Yorker Börse hat der Markkurs einen neuen starken Rückgang erfahren. Die Mark hatte mit 0,53 eingeleitet, um bis 0,56 zu steigen. Der Schlusskurs betrug 0,56 1/2 (am Vortage 0,55 1/2). An der Nachbörse setzte sich die Markwertung fort. Die Mark wurde nachbörslich nur mit 0,52 (a. B. 0,56) gehandelt. Der Kurs von 0,52 entspricht einem Stande von 192 1/2 M. für einen Dollar.

## Gemeinderatswahlen in England

Ein Rud nach links

London, 2. November.

Bei den gestrigen Gemeinderatswahlen, die in über dreihundert Stadbezirken von England und Wales abgehalten wurden, gewannen nach den bis Mitternacht bekanntgegebenen Ergebnissen die Arbeiterpartei 78 Sitze (sie verloren 42 Sitze), die Konservativen 23 (Verlust 50), die Liberalen 16 (Verlust 60), die unabhängigen Liberalen 46 (Verlust 15).

Russisch-italienisches Abkommen. Der „Messaggero“ teilt mit, die Unterzeichnung des italienisch-russischen Abkommens stehe unmittelbar bevor. Es bestche aus zehn Artikeln, welche im einzelnen besagten, beide Regierungen schloffen dieses vorläufige Abkommen behufs Erleichterung der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen.

der eigenen Herrschaft und des eigenen Interesses. Dieselbe Methode hat man i. Z. auch auf die moderne Arbeiterbewegung angewandt und nicht ohne Erfolg bei einem gewissen Teil des deutschen Volkes. Dieselbe Stimme vernimmt man auch heute wieder in Bezug auf die letzte Umwälzung.

Daher auch das starke Hervortreten des Antisemitismus u. s. w. Wie früher versucht man auch heute dem Volke vorzutäuschen: Das alles, was geschehen ist, ist ja im Grunde nicht euer Wille und Werk! Die Ausländer und die Juden haben die ganze Geschichte künstlich herbeigeführt, um mit eurer Dummheit und Leichtgläubigkeit den eigenen Acker zu düngen.

Parallel dieser Methode der Diskreditierung unbedeutsamer Strömungen und Bewegungen läuft noch eine andere „wissenschaftliche“, die denselben Zweck und dasselbe Ziel verfolgt. Wie wäre es — so spekuliert man heute in gewissen Kreisen — wenn man dem Volke einreden könnte und dafür den „wissenschaftlichen“ Beweis erbrächte, daß der ganze moderne Schwindel das Produkt nicht allein einer böswärtigen, verbrecherischen Geinnung ist, sondern sogar ganz direkt bei ihren Urhebern und Verfechtern wenigstens das Produkt eines erkrankten Geistes ist? Und was aus der Verdrücktheit heraus entstanden ist, muß doch selber dumm, töricht, wahnhaftig sein, das ist alsdann die weitere, logische Schlussfolgerung. Wenn es wirklich gelingen sollte, die ganze Revolution psychopathisch als Ausgeburt krankhaft veranlagter Personen zu erklären und zu erweisen, so muß das doch in Bezug auf seine Wirkung auf die Menge von durchschlagender und aufklärender Kraft sein, so denkt man in den in Frage stehenden besonders wissenschaftlich medizinischen Kreisen gar nicht so dumm, und nur so sind alle Bemühungen jener Leute zu verstehen, auf „wissenschaftlichen“ Beweis und unter Anwendung eines großen Aufwandes „wissenschaftlicher Thesen“ und unter Schilderung konkreter Fälle die ganze revolutionäre Umwälzung als solche und deren Träger als psychopathisch zu erklären.

Wie wäre es aber demgegenüber, wenn dieselben Wissenschaftler einmal eine Untersuchung darüber anstellen würden, wiewiele gekrönte Häupter, Selbstherrscher, Autokraten, Despoten usw. in Bezug auf ihre Regierungstätigkeit und die sonstige Art ihrer Lebensführung psychopathische Züge aufweisen, wiewiele in der Person und im Auftreten von Fürsten gerade aus der preussisch-deutschen Geschichte als psychopathisch anzusehen sei. Von Friedrich Wilhelm IV., dessen geistige Erkrankung ja schließlich zugegeben werden mußte, gänzlich zu schweigen. Sollte da nicht das jüngste und eklanteste Beispiel eines Psychopathen auf dem Throne Wilhelm der Letzte bilden? Zu seinen Regierungszeiten durfte man ja aus begründeten Gründen die Wahrheit nicht sagen. Heute aber weiß man, was das war, was man seinerzeit die „impulsive Art“ genannt. Man braucht ja nur den letzten Band von Bismarcks Erinnerungen zur Hand zu nehmen. Die Charakteristik des alten Reichskanzlers und die Schilderung Kaiser Friedrichs III. über den Charakter seines Sohnes bringen ja geradezu schlagende Beweise dafür, daß auf Grund der alten geheiligten Ordnung der Dinge dreißig Jahre hindurch ein großes Volk regiert werden konnte von einem Psychopathen auf dem Thron. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet lassen sich viele seiner Reden erklären, sein Umherreisen im Lande, sein Drang, auf allen Gebieten der Wissenschaft, der Kunst, Politik, Technik, Industrie zu Hause zu sein. Es gab ja nichts, was er nicht wußte und besser wußte und besser zu beurteilen in der Lage gewesen, wie jeder andere.

Statt mit allerhand Mitteln und Mittelchen der Revolution etwas am Zeuge zu fassen, sollten unsere Wissenschaftler auch einmal auf die Vertreter des Alten zurückgreifen und — man wird psychopathisches Material in Hülle und Fülle finden.

Die neuen Steuergesetze werden voraussichtlich im Reichstage in erster Lesung am 8. November beraten werden und durch eine Rede des Reichskanzlers eingeleitet werden. Die Besetzung des Reichsfinanzministeriums und des Reichsaufbaumministeriums wird voraussichtlich bereits in der nächsten Woche erfolgen können.

## Zentralisation der Berliner Gewerkschaftsbibliotheken

Von R. Siegle

Zu den Berliner Gewerkschaften wird jetzt allen Ernstes die Frage erörtert, ob es nicht endlich an der Zeit sei, mit der in Berlin bestehenden Zerplitterung der Gewerkschaftsbibliotheken aufzuräumen und sie durch eine straffe Zentralisation (mit entsprechender Dezentralisation) zu ersetzen. Die Berliner Gewerkschaftsbibliotheken sollen einheitlich zusammengefaßt und auf eine neue, der Zeit entsprechende Grundlage gestellt werden. Dieser Gedanke ist durchaus nicht neu; wir fanden ihn schon in der Vorkriegszeit. Damals waren Bestrebungen im Gange, die in Berlin bestehenden Arbeiterbibliotheken zu zentralisieren. Es war eine Zusammenfassung gedacht, die außer den Gewerkschaftsbibliotheken auch die der sozialdemokratischen Wahlvereine umfassen sollte. Der damals erwünschte Gedanke ist heute unmöglich durchzuführen. Heute kann man nur an die Zentralisation der Gewerkschaftsbibliotheken denken. Nur die Gewerkschaften können die Träger eines solchen Unternehmens sein. Einfach deswegen, weil wir keine einheitliche sozialistische Partei mehr haben. Im Reichsausschuss der Gewerkschaftsbildungsausschusses der sozialdemokratischen Wahlvereine von 1914 finden wir übrigens sehr beachtenswerte Hinweise für das Bibliothekswesen, die auch heute noch ihre Bedeutung haben.

Beshalb wird diese Frage jetzt wieder aktuell? Die Gewerkschaften haben mehr denn je neben ihren eigentlichen wirtschaftlichen Aufgaben sich der Bildungsarbeit zu widmen und ausfüllend unter der Arbeiterschaft über wirtschaftliche Zusammenhänge zu wirken. Die Aufgaben der Gewerkschaften sind heute viel komplizierter und umfangreicher als vor dem Kriege. Die Bildungsarbeit systematisch zu fördern und alle geistigen Kräfte, die in der Arbeiter- und Angestelltenarbeit stecken, zu entwickeln, gehört mit zu den wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften. Da aber die einzelnen Gewerkschaften durch ihre Tätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete, namentlich durch die Forderung von Lohnbewegungen, dermaßen in Anspruch genommen sind, daß ihnen für solche Aufgaben nicht die genügende Zeit verbleibt, ist es erforderlich, eine besondere Zentralstelle zu schaffen.

Die Einrichtung gewerkschaftlicher Unterrichtskurse zur Schulung der heranwachsenden Jugend, aber auch der Erwachsenen, ermöglicht es, einen Stamm von Funktionären heranzubilden, die befähigt sind, in dem großen Emanzipationskampf des Proletariats führend vorzugehen. Die Einrichtung derartiger Bildungstätten in Gemeinschaft mit der Räte-

## Die Kappisten und ihre Richter

Der Verteidiger des Oberkappisten Freiherrn von Wangenheim, Herr Rechtsanwalt Ernst Böttger, erläßt eine Erklärung über die Vertagung des Kappistenprozesses durch das Reichsgericht. Er nimmt Bezug auf die durch den Grafen Rosenfeld an die Reichsregierung gerichteten 26 Anfragen und erklärt, daß die Kappisten nicht versucht hätten, den gegen sie angelegten Hauptverhandlungstermin zu verschieben. Herr Böttger redet sich um den Kern der Angelegenheit herum. Entscheidend ist nämlich lediglich, ob Ehrhardt und Genossen ihr Angebot, sich freiwillig zu stellen, im Oktober erneuert haben, oder ob das Reichsgericht ein ähnliches Angebot aus dem vorigen Jahre hervorgeholt hat, um den Prozeß vertagen zu können. Lag ein neues Angebot vom Oktober vor, dann hätte das Reichsgericht formell berechtigt gewesen sein, die Vertagung des Prozesses zu beschließen, hat es aber auf ein altes Angebot zurückgegriffen, dann ist nicht zu verstehen, warum das nicht schon früher geschehen ist, sondern erst einige Tage vor dem Hauptverhandlungstermin. Gerade das ist es, was nach einer Verschiebung aussieht und auf diese für die Öffentlichkeit wichtigste Angelegenheit geht Herr Rechtsanwalt Böttger wohlweislich nicht ein.

Im übrigen erklärt Herr Böttger noch, den Richtern seien in der Presse „persönliche und politische Motive bei der Behandlung des Prozesses unterstellt“ worden. Er habe es daher für seine Pflicht (!!) gehalten, einige dieser Presseäußerungen dem Oberreichsanwalt zur Kenntnis zu bringen mit dem Anheimgen, Strafanzeige wegen Verleumdung von Mitgliedern des Reichsgerichts gegen einige der in Frage kommenden Blätter zu erstatten. Wenn wir davon betroffen werden sollten, so sehen wir einem derartigen Prozeß nicht nur mit der größten Gemütsruhe entgegen, wir freuen uns sogar auf diese Anklage. Kann sich Rechtsanwalt Böttger gegenwärtig noch nicht verdient machen in der Verteidigung der Kappisten, so hätte er wenigstens vorläufig das Verdienst aufzuweisen, der Presse Gelegenheit gegeben zu haben, den deutschen Richtern vor den Schranken des Gerichts dasjenige zu sagen, was in der Presse aus gewissen Gründen nicht immer gesagt werden kann.

## Lehrerbildung

### Das Programm des Herrn Beder

Der Kultusminister Dr. Beder hat im Hauptausschuß des Preussischen Landtages am Montag eine programmatische Rede über die Lehrerbildung gehalten. Sein persönliches Programm zur Frage der Lehrerbildung formuliert der Kultusminister so:

1. Die Allgemeinbildung der Lehrer ist von der Berufsbildung grundsätzlich zu trennen.
2. Die Allgemeinbildung erfolgt auf den höheren Schulen aller Gattungen und schließt ab mit dem Abiturientenexamen.
3. Die Vorbildung auf deutschen Oberschulen und Oberrealschulen ist besonders geeignet für künftige Lehrer.
4. Um auch den Lehrernachweis auf dem platten Lande sicherzustellen und den Aufstieg aus der Volksschule zu ermöglichen, sind höhere Schulen in der Form der Aufbauschule zu begründen, und zwar besonders vom Typ der deutschen Oberschule, aber auch von anderen Typen.
5. Die pädagogische Berufsausbildung der Lehrer dauert zwei Jahre. Sie wird entsprechend der abgeschlossenen höheren Schulbildung der Anwärter nur hochschulmäßig erfolgen können.
6. Eine vollständige Universitätsausbildung erfordert vier bis fünf Jahre. Es ist eine finanzielle Unmöglichkeit, sie allen Lehrern zuteil werden zu lassen. Es läge auch nicht im Interesse unserer Volkserziehung, denn die Volksschule hat andere, zwar nicht minder hohe, aber andersartige Aufgaben als die höheren Schulen.

Beder betonte sodann, daß dieses Programm sein persönliches Bekenntnis sei, von dem noch nicht zu sagen ist, ob es sich mit der Stellung der Staatsregierung als Gesamtheit deckt. In dieser Bemerkung Beders ist wohl vor allem ein Hinweis auf Bedenken finanzieller Art zu erblicken, die im Staatsministerium wegen seiner Absichten bestehen könnten.

halten wir uns daher zunächst an sein Programm. Entscheidend ist, daß der Kultusminister die Allgemeinbildung der Lehrer von der Berufsausbildung grundsätzlich trennen will. Seine sechs Programmpunkte machen zwar nähere Angaben über die Allgemeinbildung der Lehrer, lassen aber nicht erkennen, wo und wie er die Berufsbildung durchführen will. Sie erfolgt bisher auf den Präparandenanstalten und Seminaren, also in

Klosterhaft abgeschlossenen Instituten, die weniger Bildungs-, sondern vielmehr Disziplinanstalten zur Abzucht von Lehrern darstellen.

Die gesamte Lehrerschaft fordert nun die pädagogische Berufsausbildung des Lehrers auf der Universität. Während die Seminarerziehung den werdenden Lehrer ganz einseitig auf einen Beruf einschult, soll auf der Universität dem Lehrer die ganze Breite der Geistesbildung zugänglich gemacht werden. Beim gegenwärtigen Lehrer erfolgt die Berufswahl vor dem Eintritt in die Präparandenanstalt, also zu einer Zeit, wo über die Eignung des Jünglings zum Lehrerberuf noch nichts Bestimmtes zu sagen ist. Ist der Eintritt in die kaiserlichen Lehrerbildungsinstitute aber erst erfolgt, dann verläuft die weitere Entwicklung dieser Menschen zwangsweise, und ein Berufswechsel bei späterer Erkenntnis mangelnder Eignung ist fast immer ausgeschlossen. Die Universitätsausbildung dagegen läßt eine allgemeine geistige Entfaltung des Jünglings zu und gestattet ihm, die Wahl des pädagogischen Berufes nur dann zu treffen, wenn seine Eignung sicher feststeht, und im anderen Falle einen anderen akademischen Beruf zu verfolgen. Ohne große Schwierigkeiten ist der Vorteil ersichtlich, der für die gesamte Jugend des Volkes aus einer solchen geistigen Entwicklung der Lehrerschaft erwachsen würde.

Diese vollständige Universitätsausbildung bezeichnet aber Herr Beder in Punkt 6 seines Programms als eine „finanzielle Unmöglichkeit“. Er hält damit nicht einmal sein Versprechen, daß er die Allgemeinbildung der Lehrer von der Berufsbildung trennen will, denn eine vollständige Universitätsausbildung würde die Berufsbildung einschließen. Was Beder aber in seiner Rede über die gegenwärtige Berufsbildung der Lehrer auf Präparandenanstalten und Seminaren sagte, läßt erkennen, daß er die alten Lehrerbildungsanstalten vorläufig noch erhalten will. Es sollen zwar Maßnahmen zu ihrem Abbau getroffen, und es soll ferner versucht werden, den Seminaren Aufbaulklassen anzufügen, um die Seminare allmählich in höhere Lehranstalten allgemeiner Art umzubilden. Die beruflich-pädagogische Ausbildung derjenigen Schüler dieser Anstalten, die sich dem Lehrerberuf widmen wollen, soll aber auch weiterhin auf ihnen und nicht auf der Universität erfolgen.

Beder scheint in der Trennung der Allgemeinbildung von der Berufsbildung der Lehrer einen taktischen Schachzug zu erblicken. Er will zunächst die Allgemeinbildung reformieren und die Reform der Berufsbildung zurückstellen, um zunächst das erste zu erreichen. Er ersucht daher den Landtag um Unterstützung bei seinem Plan. Wir indes erblicken in dieser Trennung den Aufschub der dringlichsten Aufgabe auf dem Gebiete der Lehrerbildung. Die Universitätsausbildung der Lehrer darf keine finanzielle Unmöglichkeit sein, das Reich und die Länder müssen die Mittel dafür schaffen, denn es geht nicht an, daß die Aufgaben der Volksbildung in der deutschen Republik dieselbe Not leiden, wie im kaiserlichen Preussentum. Die Schläuelei des Herrn Beder ist nur geeignet, die geistige Enge der Lehrerausbildung und damit die geistige Rückständigkeit der Lehrerschaft, unter der sie selber leiden, zu konservieren. Aber das ist eben die Politik der breiten Koalition, zu der sich Herr Beder erst vor einigen Tagen bekannt hat. Sein Bekenntnis in der Frage der Lehrerbildung ergänzt dieses allgemeine politische Bekenntnis ausgezeichnet.

Es ist gut, daß der Minister Beder noch kurz vor dem Rücktritt des Kabinetts Gelegenheit zu solchen Bekenntnissen hatte. Nun wissen doch die Parteien, die an der Bildung der neuen Regierung beteiligt sein werden, genau, mit wem sie es zu tun haben. Solche Bekenntnisse können wichtig sein, denn es ist nicht unmöglich, daß Herr Beder bestrebt sein wird, zu bleiben. Auch im Landtag gibt es Strömungen, die geneigt sind, eine solche „Reubefehung“ des Kultusministeriums zu unterstützen.

Druckfehlerberichtigung. In dem Bericht über die Funktionäre Konferenz in der heutigen Morgenausgabe der „Freiheit“ sind zwei Druckfehler zu berichtigen. In der dreizehnten Zeile des Referats des Grafen Crispian muß es heißen „Befehrer“ (nicht Befehrer genug). Genosse Böhmert wandte sich dagegen, daß die Instanzen beschlossen haben, den 9. November nicht zu feiern.

Aberschwemmung in London. Die Themse trat am Dienstag über ihre Ufer und überschwemmte in London zahlreiche Straßen; Warenhäuser, Docks und Wohnhäuser wurden unterwaschen. In vielen Straßen war der Verkehr unmöglich. Der Straßenbahnverkehr zwischen Greenwich, London und Brighton war unterbrochen, ebenso der Vorortverkehr zwischen Hays und Wisenhoe in Essex.

Neue Einberufungen in Spanien. Der spanische König hat ein Dekret unterzeichnet, in dem angeordnet wird, daß die Jahresklasse 1921, die im Februar 1922 einberufen werden sollte, bereits am 15., 16. und 17. November d. J. unter die Fahnen gerufen werde.

Bei der Durchführung der Zentralisation würden die Ausgaben für manche Gewerkschaften für Bibliothekszwecke etwas höher werden, dagegen würden die Leistungen bedeutend gesteigert werden. Es könnte bequem der gesamten organisierten Arbeiter- und Angestelltenchaft der von ihr gewünschte Lesestoff vermittelt werden. Auch die Notwendigkeit eines einheitlichen Katalogs, sachverständige Buchberatung usw. sprechen für die Zentralisation. Dazu kommt noch die geplante Angliederung von Jugendheimen für die gewerkschaftlich organisierte Jugend, die dadurch den schlechten Einflüssen der Straße, des Kinos und der Sekundärliteratur entzogen und zu tüchtigen Klassenkämpfern herangebildet würde.

Hoffen wir, daß der Plan der Zentralisierung der Berliner Gewerkschaftsbibliotheken recht bald seiner Verwirklichung entgegengeht. Das wäre ein großes kulturelles Werk, das die geistige Kraft der Arbeiterklasse steigern und die Vorbedingungen schaffen würde für die Umgestaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Deswegen müssen alle partikularistischen Tendenzen einzelner Gewerkschaften zurücktreten, gilt es doch, an der Anfristung eines Wertes mitzuarbeiten, das zur Erfüllung der den Gewerkschaften gestellten historischen Aufgabe, der Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus, von größter Bedeutung ist.

## Proletarische Feiertunden

Den tiefen Eindruck, den die erste unserer proletarischen Feiertunden gemacht hat, bringt, neben anderen Zeitschriften, die folgende Betrachtung unserer Genossin Luise Böker zum Ausdruck. Sie schreibt:

Neur als in allen anderen Kunstdarbietungen wird von den proletarischen Feiertunden verlangt, daß durch und neben der Kunst das sittliche Moment in hohem Maße zur Geltung kommt, das heißt, daß Empfindungen, Gefühle in allen Steigerungen und Schwankungen umgewandelt werden zum bewußten Willen, zur Energie, die Taten gebiert. Auch im Geiste ist das Wollen schon Tat, fast schon der Kampf selber. Diese Kampfkraft im Proletariat zu wecken, die Stärke des einzelnen auf wahrstem Grunde reiner, tiefempfundener Menschlichkeit aufzubauen, ist der Zweck der Kunst, die wir erzeugen.

Wer wird sie vergessen, diese einzig erhabenen Momente schönsten Genusses und diese Stunden voll des Gefühls der Zusammengehörigkeit vom ersten bis zum letzten Zuhörer, vom ersten bis zum letzten Mitwirkenden! Der einzelne verwindet, taucht unter, läßt sich auf; Schöpfer, Künstler als Gebender, Zuhörer als Empfangender, alles wird eins, jede Seele klingt und trägt die große besessene Idee der Menschheitsbefreiung weiter, kommt zurück zum einzelnen, zwingt ihn, ein innerliches Gebühns abzugeben, seine Kraft, sein Leben für eine große Idee einzusetzen.

Welche Sorgfalt bei der Aufstellung des Programms! Kampf und Sturmlieder des Gelangens gaben dem Ganzen gleich unseren Charakter. Die schlichte, in Form und Inhalt edle Rede Crispian's



